

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 56. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 26. April 2018

1. Abgeordnete

Dr. Tanja Machalet und
Sven Teuber (SPD)

Beschäftigungssicherung für Opel-Belegschaft unter Einhaltung der Tarifverträge

Laut aktueller Presseberichterstattung besteht derzeit ein Konflikt um Investitionszusagen für den Autohersteller Opel. Der Opel-Eigentümer PSA Peugeot Citroën, die deutsche Geschäftsführung und die Arbeitnehmervertretung streiten darüber, welche Autos die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter künftig in Deutschland herstellen sollen. Produkt- und Investitionszusagen werden aber durch PSA und die deutsche Geschäftsführung unmittelbar davon abhängig gemacht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die vereinbarte Lohnerhöhung von 4,3 Prozent verzichten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Kopplung von Investitionszusagen und gefordertem Lohnverzicht auf bereits vereinbarte Tarifierhöhungen?
2. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, in welchem Umfang Arbeitsplätze an den deutschen Opel-Standorten gefährdet sind, sollte PSA seine Investitions- und Produktzusagen weiter verzögern?
3. Sind der Landesregierung Konzepte der Arbeitnehmervertretung bekannt, die Vorschläge zu Kosteneinsparungen enthalten, ohne in bestehende Tarifverträge einzugreifen?

2. Abgeordnete

Marion Schneid und
Gerd Schreiner (CDU)

Protestschreiben der Dekane der Universität Mainz

Die Dekane haben sich mit einem sehr deutlichen Protestbrief (Allgemeine Zeitung vom 24. März 2018) an die Landesregierung gewandt und auf die dauerhafte Unterfinanzierung der Hochschulen im Land verwiesen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Kritik der Dekane der Universität Mainz?
2. Wie hoch ist der Anteil der Hochschulpaktmittel an den Personalausgaben der rheinland-pfälzischen Hochschulen?
3. Ist es richtig, dass die Sach- und Personalkostensteigerungen in den Hochschulhaushalten in den vergangenen zehn Jahren nicht angemessen vollständig abgebildet wurden?
4. Wie viele Stellen bleiben an den rheinland-pfälzischen Hochschulen in diesem Jahr aufgrund unzureichender Finanzmittel vorübergehend vakant?

**3. Abgeordneter
Dr. Timo Böhme (AfD)**

Kosten nicht genutzter Asylbewerbererstaufnahmeeinrichtungen

Aus zwei Antworten der Landesregierung (Drucksachen 17/5058 und 17/5809) geht hervor, dass zwei vom Land Rheinland-Pfalz für den Nutzungszweck als Asylbewerbererstaufnahmeeinrichtung angemietete Immobilien nicht bzw. nur zeitweise genutzt wurden. Für beide Immobilien fallen aber weiterhin Mietkosten bis zum Ablauf der Mietverträge an. Die Veröffentlichung der Details der entsprechenden Mietverträge hat das Ministerium der Finanzen unter Verweis auf Geschäftsgeheimnisse abgelehnt (17/5058). Die Veröffentlichung der Gesamtkosten, welche für die Nichtnutzung beider Immobilien anfallen, hat das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz unter Verweis auf den vertraulichen Teil der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 1. März 2018 ebenfalls abgelehnt (17/5809). Die Gesamtkosten wurden somit von der Landesregierung noch nicht beziffert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage verweigert die Landesregierung die Veröffentlichung der Gesamtkosten, welche durch die Nichtnutzung der genannten Immobilien insgesamt entstehen?
2. Inwieweit sieht die Landesregierung in der Verweigerung der Veröffentlichung der Gesamtkosten eine Abweichung vom Prinzip der Transparenz im Hinblick auf das eigene Regierungshandeln?
3. Welche Bruttomietausgaben, ohne Berücksichtigung eventueller Einnahmen durch Vermietung und Restwerte, werden dem Land im Zeitraum der Nichtnutzung der zwei Immobilien bis zum Auslaufen der Mietverträge insgesamt entstehen?
4. Welchen Restwert bzw. welche Einnahmen durch Unter- bzw. Weitervermietung erhält das Land im Zeitraum der Vermietung?

**4. Abgeordnete
Steven Wink und
Thomas Roth (FDP)**

Wirtschaftsreise der Landesregierung nach Asien

Im Rahmen einer Wirtschaftsreise hat Staatsminister Dr. Volker Wissing kürzlich in Begleitung einer Delegation die Länder China und Vietnam besucht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Worin lagen die Schwerpunkte der Reise und wie hat sich die Delegation zusammengesetzt?
2. Welche Städte wurden bereist?
3. Welche Erkenntnisse zieht die Landesregierung aus der Wirtschaftsdelegationsreise?

**5. Abgeordnete
Andreas Hartenfels und
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Beschluss zum Klage-Beitritt gegen belgische Kernkraftwerke

Am 17. April 2018 hat der Ministerrat dem Beitritt zur Greenpeace-Klage gegen die ohne Öffentlichkeitsbeteiligung erstattete zehnjährige Laufzeitverlängerung bis 2025 der Atomkraftwerke Tihange 1 sowie Doel 1 und Doel 2 zugestimmt. Die drei Reaktoren sind bereits seit 40 Jahren am Netz und wurden ursprünglich auch nur für diesen Zeitraum geplant und gebaut.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat sich die Landesregierung für den Beitritt zur Greenpeace-Klage gegen die zehnjährige Laufzeitverlängerung bis 2025 der Atomkraftwerke Tihange 1 sowie Doel 1 und Doel 2 entschieden?
2. Mit welchen Mitteln wird die Landesregierung ihre Kontakte auf der nationalen und europäischen Ebene nutzen, um auf die Stilllegung der genannten Kernkraftwerke zu drängen?
3. Welche Maßnahmen verfolgt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Ergebnisse des vom Öko-Institut Darmstadt gefertigten Sicherheitsgutachtens zum Kernkraftwerk Cattenom?
4. Welche weiteren Erkenntnisse hat die Landesregierung aus den von Nuklearexperten auf der Inrag (Fachtagung der internationalen Vereinigung unabhängiger Nuklearexperten) in Aachen am 14. April 2018 vorgetragenen Bedenken hinsichtlich der Kernkraftwerke Tihange und Doel gewonnen?

6. Abgeordnete**Adolf Kessel,
Dirk Herber und
Christian Baldauf (CDU)****Rechtskundeunterricht für Asylsuchende**

Ministerpräsident Volker Bouffier hat jüngst angekündigt, Rechtskundeunterricht für Asylsuchende auf die Schulen auszuweiten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich, gegliedert nach Jahren, die Zahl der Rechtskundekurse für Asylsuchende in Rheinland-Pfalz entwickelt?
2. Wie hat sich, gegliedert nach Jahren, die Zahl der Teilnehmer im Vergleich zu allen teilnahmeberechtigten Asylsuchenden entwickelt?
3. An wie vielen Standorten werden aktuell Rechtskundekurse in Rheinland-Pfalz angeboten?
4. Plant die Landesregierung eine Ausweitung des Rechtskundeunterrichts für Asylsuchende auf die rheinland-pfälzischen Schulen?

7. Abgeordnete**Kathrin Anklam-Trapp
und Dr. Tanja Machalet
(SPD)****Regelungen zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern**

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat am 19. April 2018 seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend die Erstfassung der Regelungen zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern (§ 136 c Abs. 4 SGB V) beschlossen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen wurde der G-BA vom Gesetzgeber beauftragt, eine neue Fassung der Regelungen zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern festzulegen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die vom G-BA beschlossenen Regelungen zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern?
3. Wie und mit welchen Maßgaben haben sich die Bundesländer im Vorfeld der nun vom G-BA beschlossenen Regelungen eingebracht?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit von Übergangsbestimmungen bzw. Ausnahmebestimmungen, insbesondere mit Blick auf die flächendeckende stationäre Notfallversorgung in Rheinland-Pfalz?

8. Abgeordnete**Andreas Hartenfels und
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Schafhalter mit Weidetierprämie unterstützen**

Mit einer Petition hat sich der Bundesverband Berufsschäfer e. V. am 12. April 2018 an die Landtage in Deutschland gewandt. Die Schäferinnen und Schäfer fordern darin eine Weidetierprämie, die aus der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) finanziert werden soll. Die Schafhaltung leistet einen wesentlichen Beitrag zum Natur- und Landschaftsschutz auch in Rheinland-Pfalz. Sie prägt schon seit Jahrhunderten unser Landschaftsbild und erbringt Leistungen im Sinne der Öffentlichkeit.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Beitrag leisten rheinland-pfälzische Schäferinnen und Schäfer für den Natur- und Landschaftsschutz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Forderung der Schäferinnen und Schäfer nach einer Weidetierprämie?
3. Was wird die Landesregierung unternehmen, um die wirtschaftliche Situation der Schäferinnen und Schäfer zu verbessern?
4. Wird die Weidetierprämie in anderen EU-Ländern bereits aus den Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) finanziert?

**9. Abgeordnete
Gabriele Wieland (CDU)**

Engpass bei Deponien in Rheinland-Pfalz

Laut der rheinland-pfälzischen Bauwirtschaft (Pressemeldung des Verbandes der Bauwirtschaft vom 20. April 2018) führt der bestehende Engpass bei Deponien in Rheinland-Pfalz zu Baukostensteigerungen, die zulasten der privaten Immobilienkäufer/Bauherren und der öffentlichen Hand gehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Deponien zur Entsorgung nicht verwertbarer Bauabfälle gibt es derzeit in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Kapazitäten der bestehenden Deponien zur Bauabfallentsorgung in Rheinland-Pfalz?
3. Wie haben sich die Preise zur Entsorgung nicht verwertbarer Bauabfälle in Rheinland-Pfalz in den letzten fünf Jahren entwickelt?
4. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Entsorgungskapazitäten zu erhöhen?

**10. Abgeordnete
Dr. Anna Köbberling und
Thomas Wansch (SPD)**

Verfassungskonforme Neuregelung der Grundsteuer

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10. April 2018 die Einheitsbewertung des Grundbesitzes als Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Dies vor dem Hintergrund, dass die Einheitswerte für den Grundbesitz noch heute nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes in den alten Bundesländern auf der Grundlage der Wertverhältnisse vom 1. Januar 1964 und in den neuen Ländern sogar nach den Wertverhältnissen vom 1. Januar 1935 ermittelt werden. Die Systematik der Bewertungsvorschriften führt nach Überzeugung des Bundesverfassungsgerichts bei der Feststellung der Einheitswerte zu gleichheitswidrigen Wertverzerrungen, deren Hauptursache darin liegt, dass die seit 1964 eingetretenen tiefgreifenden Veränderungen im Gebäudebestand sowie auf dem Immobilienmarkt nicht in die Bewertung miteinbezogen werden. Der Gesetzgeber ist nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nunmehr aufgefordert, bis spätestens 31. Dezember 2019 eine verfassungskonforme Neuregelung für die grundsteuerliche Bemessungsgrundlage zu schaffen. Für die verwaltungsmäßige Umsetzung des neuen Rechts räumt das Gericht eine Übergangsfrist von fünf Jahren ein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche vorrangigen Ziele sollten nach Auffassung der Landesregierung durch die Bundesregierung bei der Novellierung der Grundsteuer berücksichtigt werden?
2. Wie bewertet die Landesregierung die zeitlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts?
3. Welche Konsequenzen aus dem Urteil ergeben sich aus Sicht der Landesregierung mit Blick auf die in der Diskussion befindlichen Reformansätze?
4. Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nach der Reform nicht stärker belastet werden?

**11. Abgeordnete
Michael Wäschenbach
und Christine Schneider
(CDU)**

Forellenseuche und Fischsterben in Rheinland-Pfalz

Im Norden des Landes ist es zu ersten Angelverboten gekommen. In geringen Entfernungen zu den Nachbarländern Hessen und Nordrhein-Westfalen besteht die Gefahr, dass die dort ausgebrochene Forellenseuche auch nach Rheinland-Pfalz übertragen wird.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gewässer sind in Rheinland-Pfalz von Fischkrankheiten betroffen?
2. Welche Maßnahmen wurden im Einzelfall eingeleitet (z. B. Untersuchungen, veterinärpolizeiliche Entscheidungen)?
3. Welche Konsequenzen sind u. a. für Angler, Verbraucher, Händler und Züchter zu erwarten?
4. Welche Präventionsmöglichkeiten bestehen, um eine weitere Verbreitung zu verhindern?